

Kreisstadt Bergheim Der Bürgermeister		Vorlage Nr.: 64/2023 öffentlich			
Dezernat: II FBL: Herr Rössler AbtL: Herr Schnorrenberg Verfasser/in: Frau Jäckel		Mitzeichnungen			
Vorgesehene Beratungsfolge					
Gremium				Datum	
Integrationsrat				09.02.2023	

**TOP Ressourcenmangel im Integrationsrat
Schreiben des Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Hasan Tuzlacik, vom
18.01.2023**

Beschlussvorschlag

entfällt

Erläuterungen:

1. Zielsetzung

Auf den Antrag in der Anlage wird verwiesen.

2. Sachverhalt

Es wird auf den Antrag in der Anlage verwiesen. Der Hauptausschuss berät den Stellenplan und behandelt Änderungsanträge zum Entwurf des Personalkostenbudgets. Daher muss der Antrag dort behandelt werden. Grundsätzlich weist die Verwaltung darauf hin, dass die in der Verwaltung bereits existente Geschäftsführung für den Integrationsrat mit entsprechender Stellenausstattung für die verwaltungsseitigen Belange des Integrationsrates zuständig ist. Darüberhinausgehende gesetzlich vorgesehene Aufgaben des Integrationsrates, die eine weitere Ausstattung erfordern, sind bislang nicht aufgewiesen worden. Insgesamt erscheint der Antrag aus Sicht der Verwaltung zu wenig aussagekräftig (welche Arbeiten soll diese Kraft z. B. übernehmen, wie viele Stunden / Woche etc.), um die Vorlage so verbindlich zu gestalten, dass der Hauptausschuss eine entscheidungsreife Vorlage erhalten kann. Eine Ausstattung mit Personal für den Integrationsrat hat es bisher in der Kreisstadt Bergheim nicht gegeben. Es ist darauf hinzuweisen, dass kein Ausschuss in der Stadt Bergheim eine eigene Geschäftsstelle hat (weder Personal- noch Sachmittel).

3. Alternativen/Einsparpotenziale (Prüfung einer kostengünstigeren Aufgabenerledigung einschl. der Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit)

entfällt

4. Darstellung der Auswirkungen auf den Ergebnisplan, den Finanzplan und die Bilanz (lfd. Haushaltsjahr und Folgejahre, inkl. Folgekosten bei Investitionen)

entfällt

5. Darstellung der klimaschutzrelevanten Auswirkungen (ab 1. Quartal 2021)

entfällt

6. Bürgerbeteiligung

entfällt

7. Überprüfung der Zielerreichung (Messinstrumente und –zeitpunkt)

entfällt